

Erbbürger können sich nicht aus dem Weg gehen

Der Darmstädter Philosophieprofessor Peter Niesen und sein britischer Kollege David Owen arbeiten im Tandem am Forschungskolleg Humanwissenschaften

BAD HOMBURG. Wäre David Owen noch eine Weile länger geblieben, hätte er gleich selbst ausprobieren können, an welchen Wahlen er teilnehmen darf: an denen zu Hause, in England, mittels Briefwahl? An den hiesigen Kommunalwahlen, als Bürger der Europäischen Union? Erst einmal hat sich Owen, der an der University of Southampton Professor für Politische Philosophie ist, empirisch und historisch mit dem transnationalen Wahlrecht und mit Staatsbürger-Rechten befasst.

Im Forschungskolleg Humanwissenschaften in Bad Homburg, an dem auch der Frankfurter Exzellenzcluster „Herbildung normativer Ordnungen“ angesiedelt ist, war er von April bis jetzt Gast des Cluster-Mitglieds Peter Niesen. Der hat, praktisch im Büro nebenan, unterdessen Mitspracherechte und transnationale Kommunikation untersucht. Niesen ist Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt und „Principal Investigator“ am Exzellenzverbund. Damit hat er auch die Möglichkeit, einen Gast einzuladen, mit dem er intensiven Austausch pflegen und gemeinsam forschen möchte.

Das wollten beide schon seit langem: Das erste Mal war David Owen vor 15 Jahren an der Frankfurter Universität, wo Niesen damals lehrte. Seither sind sie befreundet, vor zehn Jahren haben sie mit einem Gastprofessoren-Stipendium den



Weltbürger und Fellows: David Owen (links) und Peter Niesen

Foto Marcus Kaufhold

AfE-Turm gegen das Büro in Southampton getauscht.

Nun arbeiten sie zum ersten Mal zusammen an einem Buchprojekt. Aus den empirischen Studien sollen Kapitel zu Staatsbürgertum und Kommunikation werden, das Zentrum aber liegt in der Theorie: „Politische Theoretiker schauten die meiste Zeit auf den Staat, sie fragten nach der Legitimität, dem gerechten Staat. Aber sie sind nie über die Staatsgrenzen hinausgegangen. Dann, plötzlich, im Kontext der Globalisierung, haben alle über globale Gerechtigkeit und globale Demokratie geredet“, sagt Owen.

Er und Niesen seien der Überzeugung, dass dabei einige grundlegende empirisch nachweisbare Entwicklungen aus dem Blick geraten seien: „Eine Art Transnationalisierung des Staats“, so Owen. „Zum Beispiel hat sich das Konzept von Staatsangehörigkeit im Lauf der vergangenen 30 Jahre ganz stark verändert. Es gibt etwa 110 Länder, die eine Mehrfachnationalität ermöglichen, etwa 50 Länder geben ansässigen ausländischen Mitbürgern die eine oder andere Form von Wahlrecht. Das ist ein deutlicher Wandel im Charakter der Mitgliedschaft an einem Staat“, sagt Owen. Auch Meinungs- und Redefreiheit seien bisher nur für den Nationalstaat untersucht worden. „Warum etwa sollte ich ein Recht haben, mich in chinesische politische Debatten einzumischen? Dazu

gibt es bislang keine Arbeit.“ Da setzen die Überlegungen der beiden Forscher an, wobei Niesen, in der Kant-Tradition, auf die politische Philosophie der Aufklärung zurückgreift und den auf Nietzsche spezialisierten Freund auch gerne mal mit seiner Präferenz foppt. „Wenn man unserem gemeinsamen Projekt einen Namen geben wollte, dann könnte man das ‚Weltbürgertum in einem Lande‘ nennen. Wir interessieren uns dafür, wie die nationalstaatliche Bürgerschaft und die Mitwirkung in den politischen Prozessen für Fremde geöffnet werden“, erklärt Niesen. Dies scheine ihnen ein „notwendiger Zwischenschritt zu sein zwischen der politischen Theorie für den Nationalstaat und jener für den Globus“.

Mit dieser Lücke haben die beiden sich nun am Forschungskolleg befasst – unter besten Bedingungen, wie Owen beteuert: Zwei Seminare in der Woche hat er an der Goethe-Universität als Vertreter von Christoph Menke geleitet, den Rest der Zeit verbrachte er in Bad Homburg, wohin er seine Frau, die in der Verlagsbranche tätig ist, und die beiden Kinder mitbrachte – das Kolleg hatte den Aufenthalt organisiert, bis hin zu den Plätzen in einer internationalen Schule.

Auch schon eine Art „kosmopolitische Öffnung von einzelstaatlichen Gemeinwesen“ vielleicht, aber den beiden politischen Philosophen geht es vor allem um die normativen Grundlagen – die erfor-

schien sie innerhalb des Exzellenzclusters. Die Frage lautet, ob es generelle, universal gültige Argumente dafür geben kann, dass Personen etwa ein Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft oder grenzüberschreitende Kommunikation haben. Für die könnte man, am Beispiel der Flutkatastrophe in Pakistan, humanitäre Gründe ins Feld führen.

Eine „verschüttete normative Grundlage“, so Niesen, auf die sich beide vor allem wieder beziehen, ist auch ein Gedanke aus dem 18. Jahrhundert – obgleich er so zeitgenössisch anmutet: die Idee der „Erbbürgerschaft“. „Das gemeinsame Eigentum an der Erde ist ein sehr altes Konzept, es wird von unseren Kollegen oft nicht so ernst genommen“, meint Niesen. „Weltbürgerschaft“ als Mitgliedschaft in einem kosmopolitischen politischen Gemeinwesen ist uns nicht so wichtig. Aber ‚Erbbürgerschaft‘ im Sinne dessen, dass wir alle abhängig von begrenzten natürlichen Ressourcen sind und alle dauernd gegenseitig aufeinander einwirken, ist uns besonders wichtig in unserer Argumentation.“

Die Feststellung, dass die Menschen sich eine Erde teilen und sich nicht aus dem Weg gehen können, klingt in der Tat nach einer „vielversprechenden normativen Grundlage“. Dass man sich auf der Erde auch willentlich begegnen kann, hat den beiden philosophischen Freunden einen fruchtbaren Forschungssommer beschert. EVA-MARIA MAGEL